

Entwurf

Protokoll 59. bundesweites ABSP-Treffen am 21. Juni in Magdeburg

1. Veranstaltungsteil - Referat ab 11:30 Uhr

„Neurechte Querfront in Magdeburg und anderswo“

Im Referat von Robert Fietzke (Jugendkoordinator Linksjugend [solid]/DIE LINKE.Sachsen-Anhalt) werden viele Punkte angesprochen, die verschiedene rechte „Friedensdemos“ im gesamten Bundesgebiet gemeinsam haben. Alle TeilnehmerInnen des Treffens begrüßen die sorgfältig dargebotene Aufklärung über diese „Bewegung“. Eine immer wieder bei den Demos auftretende Position ist z. B. die, dass Links oder Rechts unwichtig sei. Weitere Informationen z. B. auf folgender und auf vielen weiteren Internetseiten:

<http://www.linke-jugend-md.blogspot.de/2014/03/rechten-verschworungsideologen-und.html>

2. Veranstaltungsteil - bundesweites Treffen ab ca. 14:00 Uhr

Begrüßung: Göttingen

Moderation: Halle/Saale

Protokoll: Göttingen

Abstimmung zur Erstellung eines Mitschnitts zwecks Unterstützung der Protokollerstellung:

Einstimmig ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme genehmigt

Teilnehmer:

8 MitstreiterInnen aus Gießen, Göttingen, Halle/Saale, Karlsruhe, Magdeburg, Potsdam, Zeitz

Tagesordnung:

- TOP 1 Formalia (Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll), Vorstellungsrunde,
- TOP 2 Auswertung Aktionsmonat Mai – Weiteres Vorgehen für die Kampagne für 10 Euro lohnsteuerfrei und 500 Euro Eckregelsatz
- TOP 3 Geplante Kampagne von KOS und der BAG-Plesa gegen die Unrechtspraxis in den Joncentern – Die Gesetze sind das Unrecht!
- TOP 4 Ist das ABSP bereit, eine Neubelebung des Sanktionsmoratoriums mit zu unterstützen? (Beteiligung an einer größeren Veranstaltung zum Thema Sanktionen im September/Oktober in Berlin)
- TOP 5 Themenveranstaltung zum BGE – Konkretisierung der Planung
- TOP 6 EU und Bundesregierung nach rechts – Sozialabbau und Krieg
- TOP 7 Verschiedenes

Beschluss der Tagesordnung:

Ohne Änderungen einstimmig ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme angenommen

Genehmigung letztes Protokoll:

Ohne Änderungen einstimmig ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme genehmigt.

TOP 2: Auswertung Aktionsmonat Mai – Weiteres Vorgehen für die Kampagne für 10 Euro lohnsteuerfrei und 500 Euro Eckregelsatz

Zur Auswertung des Aktionsmonats Mai sind sich die TeilnehmerInnen einig, dass er für die Verbreitung der 500-10-lohnsteuerfrei-Kampagne als Erfolg gewertet werden kann:

In 71 Städten im gesamten Bundesgebiet wurde das Flugblatt gegen die Mogelpackung verbreitet. Die Kleinarbeit, die viele Beteiligte auf sich genommen haben, verschiedene Gruppen und auch Orts- und Kreisverbände der Linken direkt anzusprechen, hat sich bewährt. Die Darstellung des Mobilisierungsstandes auf der Internetseite war ein gutes Mittel, um eine positive Dynamik entstehen zu lassen.

In einer längeren Diskussion tauschen sich alle TeilnehmerInnen auch über die inhaltlichen Zuspitzungen der aktuellen 500-10-Kampagne, wie z. B. die Forderung nach Lohnsteuerfreiheit für den gesetzlichen Mindestlohn, aus. Allen wird deutlich, dass die Forderung nach 10 Euro lohnsteuerfrei weiterhin aktuell ist: Die Forderung nach 12 Euro brutto ohne Lohnsteuerbefreiung würde für einen Alleinstehenden gerade einmal 28 Euro/Monat netto mehr bedeuten.

Abschließend wird beschlossen, dass im Herbst eine nächste Aktion für die Lohnsteuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns stattfinden solle. Schon bei 8,50 Euro/h werden bei Vollzeitarbeit 76 Euro/Monat an Lohnsteuer abgezogen (bei zugrundegelegter Vollzeit mit 38,5 Stunden/Woche).

Die Planung für den Herbst wird einstimmig angenommen.
Zum nächsten Treffen soll ein Entwurf für einen Aufruf vorliegen.

TOP 3: Geplante Kampagne von KOS und BAG-Plesa gegen die Unrechtspraxis in den Jobcentern – die Gesetze sind das Unrecht!

In der Diskussion über die geplanten, als „Vereinfachungen“ bezeichneten, tatsächlichen Verschärfungen von Hartz IV, wird deutlich, dass zum Zeitpunkt des Treffens (21.6.14) die Informationslage (Was plant die Regierung? Welche Proteste sind geplant?) noch nicht vollständig ist.

Zum nächsten Treffen wird eine Vorstellung des Standes der Dinge vorbereitet.

TOP 4: Ist das ABSP bereit, eine Neubelebung des Sanktionsmoratoriums mit zu unterstützen? (Beteiligung an einer größeren Veranstaltung zum Thema Sanktionen im September/Oktober in Berlin)

Die Idee und Umsetzbarkeit einer Veranstaltung, welche die Bündnisplattform 500-10 und den Aufruf für ein Sanktionsmoratorium nebeneinander behandelt, soll geprüft werden. Die Aufgabe, die Möglichkeiten zu sondieren, übernimmt Halle/Saale.

TOP 5: Themenveranstaltung zum BGE – Konkretisierung der Planung

- Es wird einstimmig ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme beschlossen:

Auf der Themenveranstaltung zum BGE wird ein Einführungsredner zu dem Thema "Warum das BGE gegen unsere Interessen ist" sprechen. Seine Redezeit beträgt 15, vielleicht auch 30 Minuten. Die anschließende Diskussion soll 30 bis 45 Minuten dauern.

- Es wird einstimmig ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme beschlossen:

Die Themenveranstaltung zum BGE soll im Oktober statt finden.

TOP 6: EU und Bundesregierung nach rechts – Sozialabbau und Krieg

- Dieser TOP entfällt aus Zeitmangel und wird auf das nächste Treffen verschoben.

TOP 7: Verschiedenes

Nächstes Treffen: 9. August 2014 in Göttingen